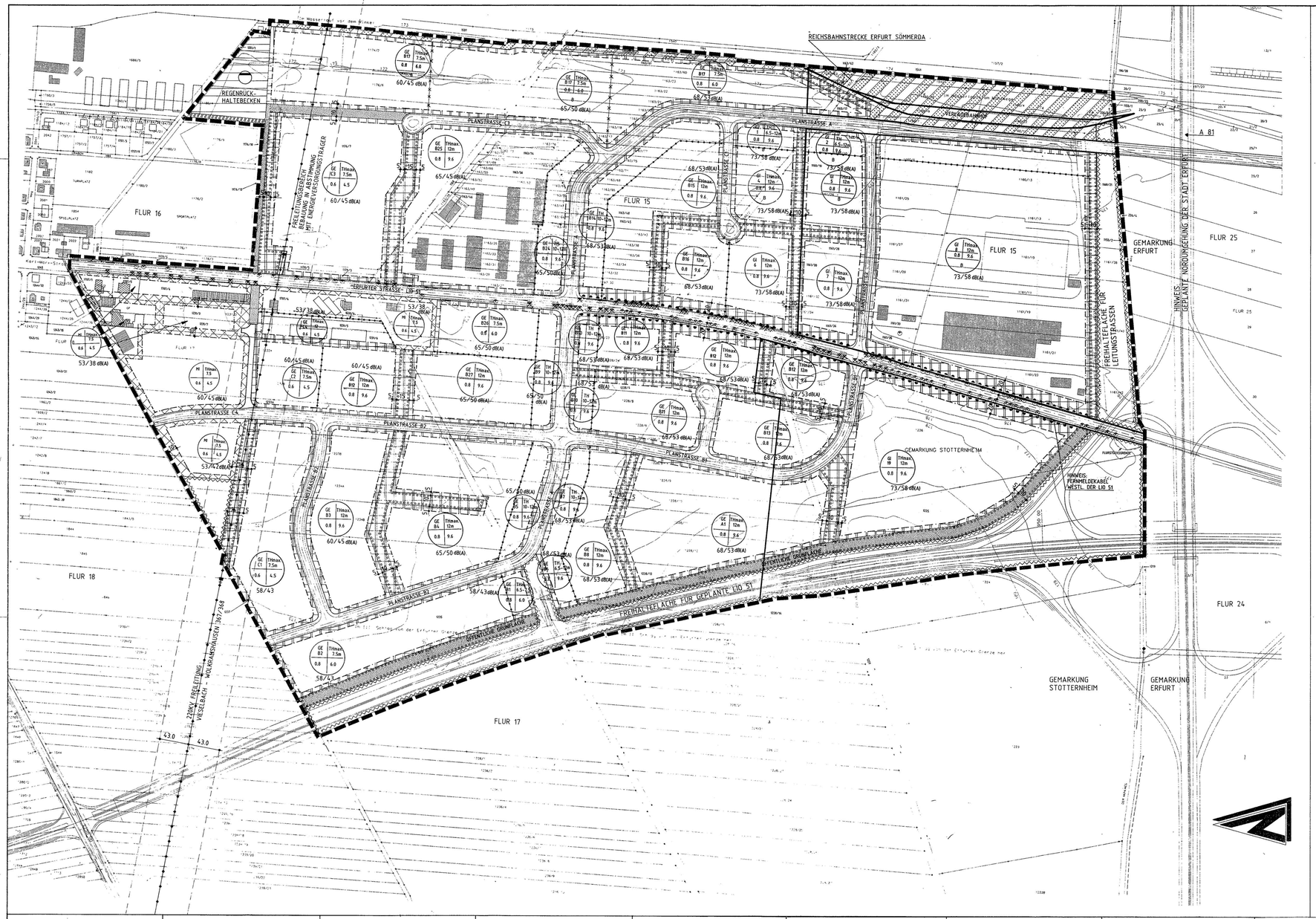
BEBAUUNGSPLAN NR 2/90 "ERFURTER STRASSE"

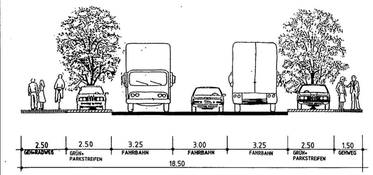
GEMEINDE STOTTERNHEIM

KREIS ERFURT

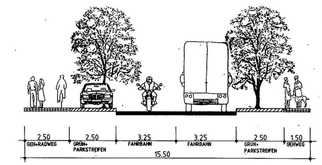


STRASSENQUERSCHNITTE

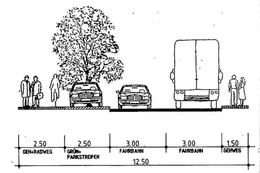
PLANSTRASSE A



PLANSTRASSEN B



PLANSTRASSEN C



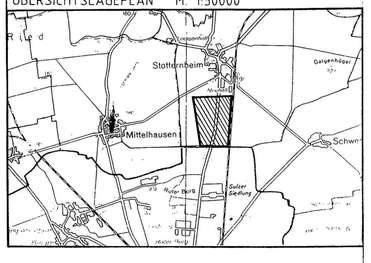
Hinweis:

Der Bebauungsplan schreibt die Gesamtbreite des Strassenraumes fest; die oben gezeigte Aufteilung des Strassenraumes ist unverbindlich.

ZEICHENERKLÄRUNG

GE/GI	Gewerbegebiet/Industriegebiet
MI	Mischgebiet
0,8	Grundflächenzahl
9,6	Baumassenzahl
TH max	maximale Traufhöhen
TH 6,5 - 12	Traufhöhe als Mindest- und Höchsthöhe
B	Betriebe mit Bahnanschluß
	Baugrenze
	öffentliche Grünfläche
	Baumbestand/Baum entfällt
	Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern
	Umgrenzung von Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind, und nähere Zweckbestimmung
	Grenze des Geltungsbereiches des Bebauungsplans
	Bereiche ohne Ein- und Ausfahrt
	Fläche für Ver- und Entsorgungsanlagen Regenrückhaltebecken
	Fläche für Landwirtschaft
	bestehende Freileitung
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen
	Verkehrsflächen begrenzt durch Strassenbegrenzungslinie mit unverbindl. Aufteilung
	Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Anschlußgleis / Verladebahnhof
	bestehende Gebäude
	zu beseitigende Gebäude
	geplante Gebäude (Lage und Abmessung unverbindlich)
	bestehende Grundstücksgrenzen
	Abtrennung unterschiedlicher Lärmzonen
68/53 dB(A)	zul. Flächenbezogener Schallleistungspegel am Tag / in der Nacht
	nicht zu genehmigende Flächen

ÜBERSICHTSLAGEPLAN M. 1:50000



GENEHMIGUNGSFÄHIGE PLANFASSUNG

GEÄNDERT	DATUM	TEIL	ZEICHEN

ENTWURFSVERFASSER

igr INGENIEUR GESELLSCHAFT ROCKENHAUSEN mbH BERATENDE INGENIEURE

DATUM JULI 1993

BAUHERR

GEMEINDE STOTTERNHEIM

KREIS ERFURT

PROJEKT NR. S 90 082.00 P/A

PROJEKT BEZ.

BEBAUUNGSPLAN NR. 2/90

ERFURTER STRASSE

STO 327

BAUHERR

Bürgermeister

DATUM 12.8. April 1994

ZEICHNUNG

RECHTSPLAN TEILPLAN 1

MIT EINTRAGUNG DER NICHT ZU GENEHMIGENDEN FLÄCHE

	ZEICHEN	DATUM	MASSTAB	BEILAGE
VERMESSEN:			1 : 2000	
BEARBEITET	Wi	JUL 1 93	BLATTGROESSE	BLATT NR.
GEZEICHNET	S	JUL 1 93	1.24 x 0.785	
GEPRÜFT				

Rechtsgrundlagen zum Bebauungsplan

1. Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S.2253) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. Teil 1 S.466-473)

1a. Gesetz zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) vom 22.04.1993 BGBl. 1993, Teil I, Seite 466-488.

1b. Maßnahmengesetz zum Baugesetzbuch (BauGB-Maßnahmen§) vom 28.04.1993 (BGBl. Teil 1 S.62 f.)

2. Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl.I S.132)

3. Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV90) vom 18.12.1990 (BGBl. 1 1991 S.58)

4. Gesetz über die Bauordnung vom 20.07.1990 (GBl. I Nr. 50 S.929) i.V.m. dem Gesetz zur Einführung des Gesetzes über die Bauordnung (EinfGBauO) vom 20.07.1990 (GBl.I Nr.50 S.950)

5. Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vom 15.03. 1974 (BGBl.I 721), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22.04.1993 (BGBl S.463-465)

6. Vorläufige Kommunalordnung für das Land Thüringen (VKO) vom 24.07.1992 (GVBl. S.383 ff.)

7. Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 12.03.1987 (BGBl. Teil 1 S.889), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. S.481-482)

8. Vorläufiges Thüringer Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (vorl. Thür Nat. G) vom 28.01.1993 (GVBl 1993 Nr.4, S 57)

9. Raumordnungsgesetz (ROG) i.d.F. der Bekanntmachung vom 28.04.1992 (BGBl. Teil 1 S.630 ff.)

10. Thüringer Landesplanungsgesetz (ThLPLG) vom 17.07.1991 (GVBl. S.210 ff.)

11. Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmale im Land Thüringen (Thüringer Denkmalschutzgesetz-ThDSchG) vom 07.01.1992 (GVBl. S.17 ff.)

Es wird bescheinigt,daß die Flurstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen mit dem Liegenschaftskataster nach dem Stand vom _____ übereinstimmen.

_____, den _____

Katasteramt

Im Hinblick auf die zur Verwirklichung des Bebauungsplanes vorgesehene Umlegung/Grenzregelung werden keine Bedenken gegen die Offenlegung gem. §3(2) BauGB erhoben.

_____, den _____

Katasteramt

Der Stadt-/Gemeinderat hat am 13.12.1990 gem. §2 (1) BauGB die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen.

Am 14.07.1993 wurde dieser Bebauungsplanentwurf gebilligt und seine Offenlegung gem.§3(2) BauGB beschlossen,nachdem gem. §1 BauGB die in Betracht kommenden Träger öffentlicher Belange und die Behörden und Stellen,die von der Planung berührt werden bei der Planaufstellung beteiligt worden sind, sowie gem. § 3(1) BauGB den Bürgern Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung gegeben wurde.

_____, den _____

Oberbürgermeister/Bürgermeister

Dieser Bebauungsplanentwurf einschließlich der Textfestsetzung hat mit der Begründung gem.§3(2) BauGB auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 22.08.93 bis 23.09.93 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 05.07.93 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht,daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.

_____, den _____

Oberbürgermeister/Bürgermeister

Der Stadt-/Gemeinderat Stotternheim hat am 26.10.1993 den Bebauungsplan gem.§5 des Gesetzes über die Selbstverwaltung der Gemeinde und Landkreise und gem. §10 BauGB einschließlich der blau eingetragenen Änderungen als Satzung

BESCHLOSSEN

_____, den _____

Oberbürgermeister/Bürgermeister

Dieser Bebauungsplan einschließlich der Textfestsetzung ist gem.§246a (1) Nr.4 BauGB durch Verfügung der Höheren Bauaufsichtsbehörde

Az.: _____

GENEHMIGT

_____, den _____

Im Auftrag:

AUSFERTIGUNG

Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplanes mit dem Willen des Gemeinde-/Stadtrates sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes werden bekundet.

_____, den _____

Oberbürgermeister/Bürgermeister

Die Genehmigungsverfügung der Höheren Bauaufsichtsbehörde vom _____ ist am _____ gem. § 12 BauGB ortsüblich bekanntgemacht worden mit dem Hinweis,daß der Bebauungsplan während der Dienststunden _____ von jedermann eingesehen werden kann.

Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan

RECHTSVERBINDLICH

_____, den _____

Oberbürgermeister/Bürgermeister